

Breite Allianz fordert Stärkung der AHV

Die AHV-Renten der Schweizerinnen und Schweizer sollen um zehn Prozent steigen. Dies verlangt die Volksinitiative AHVplus, für die zurzeit Unterschriften gesammelt werden. Hinter der Initiative steht eine breite Allianz von Gewerkschaften. Auch der LCH ist dabei.

«Die AHV ist die sicherste, effizienteste und sozialste Altersvorsorge der Schweiz», erklärten die Initianten unter Federführung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB bei der Vorstellung ihres Volksbegehrens am 11. März in Bern. «Das Rezept ist so einfach wie solidarisch», sagte SGB-Präsident Paul Rechsteiner: «Alle

zahlen Beiträge auf dem ganzen Erwerbseinkommen, auch wenn sie Millionen kassieren. Aber auch die Einkommensmilliardäre bekommen keine höhere AHV-Rente als die Mehrheit der Bevölkerung.» Die AHV werde jedoch seit Jahren von «Sozialabbau-Ideologien» schlechtgeredet. Auch die Pläne des Bundesrates zur

Altersvorsorge würden der Bevölkerung nur Nachteile bringen: Senkung der Renten der Pensionskassen, Verschlechterung des Teuerungsausgleichs in der AHV. Deshalb brauche es nun, so Rechsteiner, «endlich wieder eine Anpassung der Renten an die wirtschaftliche Entwicklung und die sozialen Bedürfnisse».

Der Initiativtext ist äusserst einfach: «Bezügerinnen und Bezüger einer Altersrente haben Anspruch auf einen Zuschlag von 10 Prozent zu ihrer Rente.» Die Bestimmung soll spätestens zwei Jahre nach Annahme des Begehrens in Kraft treten.

Die Kosten der Rentenverbesserung werden auf 5,6 Milliarden Franken pro Jahr veranschlagt. Das Geld könnte zum Teil aus einer nationalen Erbschaftssteuer kommen oder durch Lohnprozente (je 0,55% für Arbeitnehmende und Arbeitgeber) finanziert werden. Hinter der Initiative stehen rund 20 Gewerkschaften sowie die SP und die Grüne Partei der Schweiz. Mit dabei sind auch der Dachverband der Lehrerschaft LCH und die Westschweizer Schwesterorganisation SER. LCH-Zentralpräsident Beat W. Zemp ist Mitglied des Initiativkomitees.



Foto: Heinz Weber

Breit abgestützt: Vorstellung der Initiative AHVplus am 11. März im Medienzentrum des Bundeshauses. Zweiter von links: LCH-Zentralpräsident Beat W. Zemp.

Weiter im Netz

ahvplus-initiative.ch

«Ausgleich für Verluste der Lehrpersonen»

Statement von LCH-Zentralpräsident Beat W. Zemp bei der Vorstellung der Initiative AHVplus am 11. März in Bern.

«Es gibt drei gute Gründe, weshalb der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH die Unterstützung der Eidgenössischen Volksinitiative AHVplus beschlossen hat:

1. AHVplus stärkt das Renteneinkommen von Lehrerinnen.

Zwei Drittel unserer Mitglieder sind Frauen. Viele davon

haben aus familiären Gründen Erwerbsunterbrüche, was zu tieferen Renten in der zweiten Säule führt. Die meisten Lehrerinnen arbeiten zudem nur Teilzeit, was ebenfalls zu tiefen Renten in der zweiten Säule führt. Daher sind sie auf eine möglichst existenzsichernde AHV-Rente angewiesen. Entsprechendes gilt natürlich auch für andere Berufsverbände, die einen hohen Frauenanteil haben, wie beispielsweise das Pflegepersonal.

2. AHVplus erhöht das Renteneinkommen aller Lehrerinnen und Lehrer.

Die Erhöhung von 10% schlägt auf alle AHV-Renten durch, auch auf die maximalen Renten. Daher profitieren von diesem Zuschlag sämtliche Lehrpersonen unabhängig davon, ob sie nur eine Teilrente, eine Einzelrente oder eine volle Ehepaar-Rente erhalten.

3. AHVplus kompensiert die künftig tieferen Renten der Lehrpersonen in der zweiten Säule.

In fast allen Kantonen sind Lehrpersonen in eigenen Pensionskassen versichert oder zusammen mit anderen Staatsangestellten in öffentlich-rechtlichen Pensionskassen. Die Leistungen aus

der zweiten Säule wurden und werden laufend verschlechtert (sinkender Umwandlungssatz, kein Teuerungsausgleich), während die Beiträge höher werden (Beteiligung der Arbeitnehmenden bei der «Sanierung» bzw. Ausfinanzierung). Daher müssen Lehrpersonen mit tendenziell tieferen Renten aus der zweiten Säule rechnen. AHVplus schafft hier einen teilweisen Ausgleich, indem die Renten aus der ersten Säule um 10% erhöht werden. Einen Abbau dieser Renten werden wir hingegen mit allen Mitteln bekämpfen!»